Inhaltsverzeichnis

§ 1	Name und Sitz	2
§ 2	Zweck.....	2
§ 3	Mitgliedschaft und Verbandsangehörigkeit.....	2
§ 4	Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft	3
§ 5	Rechte und Pflichten der Mitglieder	3
§ 6	Mitgliedsbeitrag	4
§ 7	Organe	4
§ 8	Die Delegiertenversammlung (DV).....	4
§ 9	Das Präsidium	6
§ 10	Das Verbandsschiedsgericht (VSG).....	6
§ 11	Die Verbandsrevisoren	7
§ 12	Jugendarbeit.....	7
§ 13	Strafen	8
§ 14	Anti-Doping	8
§ 15	Schlussbestimmungen.....	8

§ 1 Name und Sitz

Der Landesverband führt den Namen Billard Verband Rheinland-Pfalz (im folgenden BVRLP genannt).

Der BVRLP hat seinen Sitz in Worms. Der BVRLP ist in das Register des Amtsgerichtes Mainz eingetragen.

§ 2 Zweck

Der BVRLP fungiert als Dachorganisation der einzelnen Billardvereine aller Billardspielarten in Rheinland-Pfalz.

Der BVRLP ist Mitglied der Deutschen Billard Union (im folgenden DBU genannt), des Landessportbundes Rheinland-Pfalz, Sportbundes Pfalz, des Sportbundes Rheinhessen und des Sportbundes Rheinland.

Der BVRLP erkennt die Bestimmungen übergeordneter Sportverbände, als für sich verbindlich an, soweit ihre Mitgliedschaft von der Anerkennung der Bestimmungen abhängig gemacht wird. Der BVRLP unterwirft sich den Satzungen und Ordnungen der DBU (Stand 20.11.2010)

Der Verband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Verbandes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitgliedsvereine erhalten keine Zuwendungen aus Verbandsmitteln. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke des Verbandes fremd sind, oder unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Zu den Aufgaben des BVRLP gehören insbesondere:

1. die Förderung des Billardsportes
2. die Organisation des Sportbetriebes im Verbandsgebiet
3. die Vertretung der sportlichen Belange der Mitgliedsvereine
4. die Förderung der Jugend
5. Vertretung der Belange der Mitgliedsvereine gegenüber der DBU und den Sportbünden
6. Durchführung und Überwachung von Landesmeisterschaften zur Qualifikation für nationale und internationale Meisterschaften
7. Schlichtung von Streitigkeiten
8. Jede Form des Dopings zu bekämpfen und in enger Zusammenarbeit mit der DBU für präventive und repressive Maßnahmen eintritt, die geeignet sind, den Gebrauch verbotener leistungssteigernder Mittel und/oder Methoden zu unterbinden. Näheres regelt die Anti-Doping Ordnung des Verbandes

Bei Auflösung des Verbandes oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vereinsvermögen an den Landessportbund Rheinland-Pfalz, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 3 Mitgliedschaft und Verbandsangehörigkeit

Aktive Mitglieder

Aktive Mitglieder sind die Billard Vereine sowie Sportvereine, die eine Billard-Abteilung zum Spielbetrieb anmelden.

Aktive Mitglieder des BVRLP können keine Einzelpersonen, sondern nur Vereine oder Abteilungen von Vereinen sein. Letztere benötigen die Genehmigung ihres Vereines und werden dann wie eigenständige Vereine behandelt. Deren dem Verband gemeldete Einzelmitglieder gelten als dem BVRLP und der DBU angehörig; sie werden durch dem Verband angehörenden Mitgliedsverein vertreten.

Passive Mitglieder

Passive Mitglieder sind die Billard Vereine sowie Sportvereine, die eine Billard-Abteilung beinhalten, die nicht am Spielbetrieb teilnehmen. Passive Mitglieder des BVRLP können keine Einzelpersonen, sondern nur Vereine oder Abteilungen von Vereinen sein. Letztere benötigen die Genehmigung ihres Vereins und werden dann wie eigenständige Vereine behandelt.

§ 4 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft

Mitglied kann jeder Billard Verein oder Sportverein gem. §3 der Satzung des BVRLP sein, sofern er...

1. innerhalb eines halben Jahres die e.V.-Eigenschaft erhält
2. sofort die Aufnahme in seinen zuständigen Sportbund betreibt
3. die Gemeinnützigkeit beantragt hat
4. die Satzungen der nachrangigen Rechtsordnungen des BVRLP, der DBU sowie des zuständigen Sportbundes anerkennt
5. eine Satzung hat, die nicht im Widerspruch zur Satzung des BVRLP, der DBU und des zuständigen Sportbundes steht.

Die Mitgliedschaft muss schriftlich unter Verwendung der vorgeschriebenen Beitrittserklärung beim Präsidium beantragt werden.

Über die Aufnahme in den BVRLP entscheidet das Präsidium. Lehnt das Präsidium die Aufnahme ab, kann der Antragsteller verlangen, dass über seinen Aufnahmeantrag in der nächsten Delegiertenversammlung endgültig entschieden wird.

Die Mitgliedschaft erlischt durch

1. freiwilligen Austritt, der nur zum Ende des Geschäftsjahres durch eingeschriebenen Brief wirksam erklärt werden kann. Die Erklärung muss spätestens 3 Monate vor Ende des laufenden Geschäftsjahres beim Präsidenten eingegangen sein.
2. Ausschluss: Der Ausschluss ist zulässig, wenn das Mitglied die Satzung und Anordnungen des BVRLP vorsätzlich missachtet, schuldhaft mit Verpflichtungen aller Art mindestens 2 Monate im Rückstand ist oder ein Ausschlussbegehren der DBU oder des zuständigen Sportbundes nach Gründen, die sich aus deren Satzung ergeben, vorliegt. Gegen den Ausschluss ist Einspruch innerhalb einer Frist von 2 Wochen beim Präsidenten schriftlich per Einschreiben einzulegen.
3. Durch den Austritt wird das Mitglied nicht von der Verpflichtung zur Zahlung von rückständigen Verpflichtungen befreit.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Jeder aktive Mitgliedsverein hat Anspruch auf Sitz und Stimme in der Delegiertenversammlung. Passive Mitglieder haben kein Stimmrecht, werden allerdings zur Delegiertenversammlung geladen und haben das Recht gehört zu werden.

Jeder aktive Mitgliedsverein hat das Recht, durch seine Vertreter der Delegiertenversammlung Anträge zu unterbreiten. Jeder aktive Mitgliedsverein hat das Recht auf Teilnahme am Sportbetrieb.

Die aktiven und passiven Mitgliedsvereine sind verpflichtet

1. die Ziele des BVRLP nach besten Kräften zu fördern
2. für die Einhaltung dieser Satzung und der nachrangigen Rechtsordnungen des BVRLP in ihrem Bereich durch ihre Organe und ihren Einzelmitgliedern zu sorgen
3. den innerhalb ihrer Zuständigkeit ergangenen Beschlüssen und Weisungen der Organe des BVRLP Folge zu leisten
4. den Beitrag rechtzeitig zu entrichten
5. die vom Landesverband verlangten sportlichen und verwaltungsmäßigen Meldungen pünktlich zu erstatten.

§ 6 Mitgliedsbeitrag

Der Mitgliedsbeitrag wird durch die Finanz- und Beitragsordnung (FBO) geregelt. Alle Ordnungen des BVRLP, deren Verwaltung und Zuständigkeiten, sind in der Geschäftsordnung (GO) geregelt. Änderungen der GO bedürfen der Zustimmung der Delegiertenversammlung des BVRLP.

§ 7 Organe

Organe des Verbandes sind:

1. die Delegiertenversammlung
2. das Präsidium
3. das Verbandsschiedsgericht (VSG)

§ 8 Die Delegiertenversammlung (DV)

Die Delegiertenversammlung setzt sich zusammen aus:

1. den Delegierten der aktiven Mitgliedsvereine
2. dem ggf. Präsidium §26 BGB
3. dem erweiterten Präsidium
4. den Kassenprüfern
5. den Ehrenmitgliedern

Die Teilnahme an der Versammlung ist für die nach den Punkten 1. -3. genannten Gremien/Personen verpflichtend.

Jeder Teilnehmer an der ordentlichen Delegiertenversammlung kann sich zu Wort melden. Ob ihm das Wort erteilt wird, entscheidet der Versammlungsleiter. Gäste können geladen und durch die Versammlungsleitung zugelassen werden.

Jährlich sollte im ersten Halbjahr die ordentliche Delegiertenversammlung stattfinden. Zeit und Ort bestimmt das Präsidium. Die Einladung erfolgt schriftlich durch einfachen Brief oder elektronischer Post an die zuletzt bekannte Anschrift durch das Präsidium unter Einhaltung einer Frist von 30 Tagen.

Die Einladung muss enthalten:

1. die Tagesordnung
2. die inhaltliche Benennung aller eingegangenen Anträge
3. den Bericht der Kassenprüfer/innen und den Haushaltsplan
4. den Hinweis, dass bis zu einer Frist von 14 Tagen vor der Versammlung weitere Anträge schriftlich eingereicht werden können. Diese Anträge werden auf die Tagesordnung gesetzt und eine Woche vor der Versammlung den Mitgliedern zugänglich gemacht.

Anträge von Mitgliedern, die nicht an der Sitzung erscheinen, werden von der Tagesordnung gestrichen und nicht behandelt.

Aus organisatorischen Gründen müssen die Mitglieder auf schriftliche Anfrage des Präsidiums ihre Delegierten und deren Anzahl nennen.

Die Aufgaben der Delegiertenversammlung sind:

1. Entgegennahme des Jahresberichts des ggf. Präsidiums §26 BGB
2. Entgegennahme des Bericht der Kassenprüfer (falls Wahlen anstehen)
3. Genehmigung des Jahresabschlusses für das abgelaufene Geschäftsjahr (falls Wahlen anstehen)
4. Wahl eines Versammlungsleiters (falls Wahlen anstehen)
5. Entlastung des Präsidiums (falls Wahlen anstehen)
6. Wahl des ggf. Präsidium §26 BGB (falls Wahlen anstehen)
7. Wahl der Kassenprüfer bzw. Bestätigung eines Steuerbüros und des Verbandsschiedsgerichts (falls Wahlen anstehen)
8. Abberufung von Präsidiumsmitgliedern, soweit ein Misstrauensantrag vorliegt (für die Abberufung ist die einfache Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Delegierten erforderlich)
9. Genehmigung des Haushaltsplans für das laufende Geschäftsjahr unter Festlegung des Mitgliedsbeitrages für aktive und passive Mitglieder
10. Genehmigung der Geschäftsordnung des BVRLP
11. Beschlussfassung über Anträge zu Satzungsänderungen
12. Behandlung aller Anträge, die sich auf Punkte der Tagesordnung beziehen, sowie sonstiger Anträge, die durch 2/3 - Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten zugelassen werden
13. Entscheidung über den Ausschluss von Mitgliedsvereinen gemäß § 5

Stimmberechtigt sind die Delegierten der aktiven Mitgliedsvereine und die Mitglieder des Präsidiums. Die Stimmenanzahl ergibt sich aus der Anzahl der zum 01.01. des laufenden Jahres dem Verband gemeldeten Vereinsmitglieder über 18 Jahren, und zwar pro angefangene 15 Mitglieder eine Stimme. Die Stimmen eines Vereins sind auf einen Delegierten des Mitgliedsvereins vereint und können nicht gesplittet werden. Die Stimmberechtigung entfällt, wenn offen stehende Forderungen, die bis 2 Monate vor der Delegiertenversammlung erhoben wurden, noch nicht bezahlt sind. Die Mitglieder des Präsidiums haben je eine Stimme.

Jede ordnungsgemäß einberufene Delegiertenversammlung ist beschlussfähig und entscheidet mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Abweichend hiervon ist für Satzungsänderungen und für den Ausschluss eines Mitgliedes eine Mehrheit von mindestens 2/3 der abgegebenen Stimmen erforderlich. Für die Auflösung des Verbandes ist eine Mehrheit von mindestens ¾ der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Mitglieder, die sich der Stimme enthalten gelten als abwesend und sind nicht mitzuzählen.

Bei den Wahlen ist im ersten Wahlgang eine einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich, im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit. Bei Stimmgleichheit nach dem zweiten Wahlgang entscheidet die Stimme des Präsidenten, bei Wahl des Präsidenten das Los.

Alle Abstimmungen erfolgen offen. Bei Wahlen ist jedoch auf Antrag von mindestens zehn stimmberechtigten Delegierten geheim zu wählen.

Die Sitzungen der Delegierten werden vom Präsidenten oder von einem beauftragten Mitglied des Präsidiums geleitet.

Bei Bedarf kann das Präsidium aus wichtigen Gründen eine außerordentliche DV einberufen. Eine außerordentliche DV muss einberufen werden, wenn dies von mindestens 1/3 der Mitgliedsvereine schriftlich unter Angabe von Gründen beantragt wird. Die Einladungsfrist kann hierbei auf zwei Wochen verkürzt werden. Bei dieser verkürzten Einladungsfrist kann jedoch nicht über Satzungsänderungen oder über die Auflösung des Verbandes beschlossen werden. Ansonsten gelten die Vorschriften für die ordentliche Delegiertenversammlung.

Während der DV ist ein Protokoll zu führen. Dieses muss vom Protokollführer und vom Versammlungsleiter unterzeichnet werden.

§ 9 Das Präsidium

Dem gsf. Präsidium §26 BGB und dem erweiterten Präsidium gehören stimmberechtigt an

1.) geschäftsführendes Präsidium §26 BGB

- Präsident
- Vizepräsident Finanzen
- Vizepräsident Verwaltung
- Vizepräsident Öffentlichkeitsarbeit
- Vizepräsident Sport

2.) erweitertes Präsidium

- Sportwart Pool
- Sportwart Snooker
- Sportwart Karambolage
- Sportwart Jugend
- Lehrwart
- offene Positionen

Die Mitglieder des erweiterten Präsidiums werden durch das gsf. Präsidium §26 BGB eingesetzt und sind voll stimmberechtigt.

Der BVRLP wird gerichtlich und außergerichtlich durch mind. 2 gsf. Präsidiumsmitglieder vertreten.

Eine Personalunion unter 1.) ist nicht zulässig.

Der Präsident, im Verhinderungsfall einer der Vizepräsidenten, beruft die Präsidiumssitzung ein und leitet sie auch. Das Präsidium ist beschlussfähig, wenn mindestens 50% Präsidiumsmitglieder des Präsidiums 1.) + 2.) anwesend sind.

Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Präsidiumsmitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten. Die Beschlüsse sind protokollarisch festzuhalten. Das Protokoll ist vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen.

Zur Führung der laufenden Geschäfte werden die Mitglieder des ggf. Präsidiums §26 BGB auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Sie bleiben im Amt bis ein neues Präsidium gewählt ist. Eine Wiederwahl ist zulässig.

Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Präsidiumsmitgliedes kann das ggf. Präsidiums §26 BGB durch Beschluss bis zur nächsten ordentlichen DV einen kommissarischen Vertreter benennen. Das bei der nächsten DV neu gewählte Präsidiumsmitglied tritt in die Amtszeit seines Vorgängers ein.

Das Präsidium ist für die Änderungen und Anpassungen der Anti-Doping Ordnung sowie deren Inkraftsetzung zuständig.

Ehrenamtspauschale/Aufwandsentschädigung:

- 1.) Die Verbands- und Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeführt
- 2.) Das Präsidium kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage beschließen, dass Verbands- und Organämter entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung ausgeübt werden. Für die Entscheidung über Vertragsbeginn, Vertragsinhalte und Vertragsende ist das Präsidium gem. § 26 BGB zuständig.
- 3.) Im Übrigen haben die Mitglieder des Präsidiums einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verband entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Porto, Telefon und Kopier- und Druckkosten. Die Mitglieder haben das Gebot der Sparsamkeit zu beachten. Das Präsidium kann durch Beschluss im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten Aufwandspauschalen festsetzen.
- 4.) Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von 3 Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit prüffähigen Belegen und Aufstellungen nachgewiesen werden.
- 5.) Weitere Einzelheiten regelt die Finanzordnung des Verbandes, die von der Delegiertenversammlung erlassen und geändert wird.

§ 10 Das Verbandsschiedsgericht (VSG)

Das VSG ist bei allen Streitfragen innerhalb des Billardverbandes Rheinland-Pfalz die höchste Entscheidungsinstanz.

Das VSG besteht aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Es ist nur in voller Besetzung beschlussfähig.

Der Verfahrensweg bei Streitfällen ist in der Verbandsschiedsgerichtordnung (VSGO) niedergelegt.

§ 11 Die Verbandsrevisoren

Zur Überprüfung der Kassengeschäfte kann vom Präsidium ein Steuerberater bestellt werden.

Die Kassenprüfer dürfen keine Mitglieder des gewählten Präsidiums sein.

§ 12 Jugendarbeit

Die Grundlagen der Jugendarbeit sind in der Jugendordnung des BVRLP niedergelegt.

§ 13 Strafen

Die Schlichtung von Streitigkeiten von Mitgliedern untereinander, sowie die Ahndung von Verstößen der Mitglieder gegen die Satzung, Rahmenbestimmungen und die sportliche Disziplin, obliegen dem Präsidium.

Das Gleiche gilt bei Ahndung von Verstößen von Vereinsmitgliedern, soweit es sich um Angelegenheiten nach der Satzung handelt.

Das Präsidium kann folgende Strafen verhängen:

1. Gegen Mitglieder:
  - Verwarnung
  - Verweis
  - Geldstrafe bis zu einem Jahresbeitrag
  - zeitweiliger Ausschluss von der Teilnahme am Sportbetrieb
  - Verbandsausschluss
2. Gegenüber Vereinsmitglieder:
  - Verwarnung
  - Verweis
  - Geldstrafen bis zu 500,-- €
  - zeitweiliger Ausschluss von der Teilnahme am Sportbetrieb.

Die Bestimmungen der Rechtsordnungen der DBU bleiben unberührt.

Gegen die Entscheidung des Präsidiums ist Berufung beim VSG zulässig. Sie muss binnen 14 Tagen nach Zugang der Entscheidung des Präsidiums beim Präsidenten schriftlich eingegangen sein.

§ 14 Anti-Doping

Zur Änderung und Anpassung der Anti-Doping-Ordnung des BVRLP ist das Präsidium durch Beschluss mit einfacher Mehrheit befugt.

Wegen Verstößen gegen die Anti-Doping Ordnung können Sanktionen verhängt werden. Die Zuständigkeit für das Sanktionsverfahren wird vom BVRLP auf die DBU übertragen, insbesondere auch die Befugnis zum Ausspruch von Sanktionen. Alle Streitigkeiten werden nach der Anti-Doping-Ordnung der DBU unter Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs, auch für den einstweiligen Rechtsschutz entschieden. Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, Entscheidungen der DBU anzuerkennen und umzusetzen.

§ 15 Schlussbestimmungen

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar eines Jahres.

Die Neufassung der Satzung tritt mit Zustimmung der Delegiertenversammlung vom 24.06.2017 in Kraft und ersetzt alle Vorgängerversionen.